

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft europäischer Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat:

Ergebnisse der 8. Welle des
European Social Survey

ESS Topline
Results Series

8
Ausgabe

Ein wichtiger Aspekt der meisten demokratischen Gesellschaften ist der Wohlfahrtsstaat, der auf steuerfinanzierten staatlichen Leistungen zur finanziellen Absicherung der Bevölkerung beruht. Diese können eine Fülle von Leistungen umfassen wie Gesundheitsleistungen, Arbeitslosenleistungen, Wohngeld und Altersrenten.

Durch die Aufnahme des Moduls «Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Europa» in Runde 8 (2016/17) des ESS konnten die Einstellungen gegenüber diesen Leistungen in 23 Ländern untersucht werden. Der Grossteil dieses Moduls war bereits Teil der vierten Runde (2008/09) unserer Studie, und die neuen Daten bieten die Möglichkeit, nach den Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 2008 erneut die öffentliche Meinung zu sondieren.

Zahlreiche Länder verabschiedeten staatliche Sparmassnahmen, und in vielen Bereichen stagnierten die öffentlichen Leistungen, wurden gekürzt oder ganz gestrichen. Heute sind wir nun in der Lage zu beurteilen, ob die Kürzungen der Sozialleistungen die öffentliche Haltung gegenüber dem Wohlfahrtsstaat in diesen Ländern verändert haben.

Das neue Modul enthält zudem einige Fragen, die zum ersten Mal gestellt wurden, insbesondere zur Einführung eines universellen Grundeinkommens und eines EU-weiten Sozialleistungssystems.

Wie immer danken wir dem Questionnaire Design Team, das diesen Bericht verfasst und eng mit dem ESS zusammengearbeitet hat, um ein Modul zu entwerfen, das umfassend, relevant, informativ und interessant ist.

Rory Fitzgerald

ESS ERIC Director

City University of London (UK)

Über die Autoren und Autorinnen dieser Ausgabe:

- Wim van Oorschot, Universität Leuven, Belgien
- Bart Meuleman, Universität Leuven, Belgien
- Sharon Baute, Sam Delespaul, Dimitri Gugushvili, Tijs Laenen and Federica Rossetti, Universität Leuven, Belgien
- Femke Roosma, Universität Tilburg, Niederlande

Ausserdem haben folgende Mitglieder des ESS Core Scientific Team zum Design des Moduls «Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Europa» beigetragen:

- Brita Dorer (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften)
- Sarah Butt, Salima Douhou, Rory Fitzgerald, Elena Sommer und Lizzy Winstone (City Universität London)
- Diana Zavala Rojas (Universität Pompeu Fabra, Barcelona)

September 2018

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft europäischer Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat:

Ergebnisse der 8. Welle des European Social Survey

Bart Meuleman, Wim van Oorschot, Sharon Baute, Sam Delespaul, Dimitri Gugushvili, Tijs Laenen, Femke Roosma und Federica Rossetti

Einleitung

Der umfassende Sozialstaat nach europäischem Muster wurde in den vergangenen Jahrzehnten durch verschiedene wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Umbrüche auf die Probe gestellt. Die langfristigen Herausforderungen wurden durch den Schock der Bankenkrise 2008 verschärft, auf die 2009 eine Rezession und in vielen europäischen Ländern eine länger anhaltende Haushalts- und Schuldenkrise folgte.

Zur Bewältigung dieser eng verbundenen Krisen führten die europäischen Regierungen weitreichende Programme zur Haushaltskonsolidierung ein, darunter auch umfangreiche Kürzungen der Sozialleistungen sowie Arbeitsmarktreformen. Andere Länder implementierten allgemeine Sparprogramme. Gleichzeitig setzten weltweit politische und militärische Konflikte umfangreiche Flüchtlings- und Migrantenströme nach Europa in Gang, die Sorgen über die zusätzliche Belastung der bestehenden Sozialleistungssysteme aufkommen liessen.

Angesichts dieser Krisen wird in Europa seither breit über den Bedarf und die Fairness solidarischer Beziehungen diskutiert. So ist etwa die intensive Rentendiskussion in den meisten europäischen Ländern (wie etwa 2004 in der EU) nicht nur ein Zeichen sich ändernder Gruppeninteressen infolge der Bevölkerungsalterung, sondern auch der sich verändernden Ansichten zur Generationensolidarität.

Der stärkere Glaube an die individuelle Verantwortung führt zur Hinterfragung der Solidarität der Reichen mit den Armen, aber paradoxerweise auch zu einem neu erwachten Interesse an einem Grundeinkommen. Der EU-weite sozialpolitische Trend hin zu Aktivierungsmassnahmen spiegelt sich verändernde Einstellungen zu den Rechten und Pflichten von Menschen innerhalb und ausserhalb des Arbeitsmarktes wider. Dieser Trend schlägt sich beispielsweise in einer allgemeinen Zunahme erforderlicher Arbeitsnachweise und der Pflicht zur Stellensuche nieder.

Die Debatte über die Integration von Migrant/innen in die europäischen Gesellschaften und über ihren Anspruch auf Sozialleistungen wird in hohem Masse von der Vorstellung beeinflusst, wie sehr sie sozialstaatliche Unterstützung "verdienen". Dabei wird ihnen weniger Unterstützung zugestanden als anderen benachteiligten Gruppen.

Schliesslich ist in der Europäischen Union eine anhaltende Debatte aufgekeimt, die hauptsächlich dadurch ausgelöst wurde, dass die verschiedenen Länder Europas ganz unterschiedlich von der Wirtschaftskrise getroffen wurden. Es geht dabei um die Solidarität zwischen Europäer/innen und die Frage, ob eine wohlfahrtstaatliche Umverteilung von reicheren zu ärmeren europäischen Bürgerinnen und Bürgern nötig wäre, um einen sozialen Zusammenhalt in Europa zu schaffen, und ob dies politisch und wirtschaftlich realisierbar wäre.

Das Modul der Runde 8 des ESS (2016/17) – Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in einem sich verändernden Europa: Solidarität unter Druck – ermöglicht eine wissenschaftliche Untersuchung dieser Fragen.¹ Das Modul stellt in Teilen eine Wiederholung des Moduls über Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat der 4. Runde des ESS (2008/09) dar, enthält jedoch auch einige neue Fragen zum Thema Solidarität. Dieser Bericht fasst die Einstellungen der Europäer/innen zur Solidarität mit benachteiligten Gruppen wie älteren Menschen, Erwerbslosen, Migrant/innen und armutsbetroffenen Menschen zusammen, aber auch die Einstellungen zur europäischen Sozialpolitik und zur Idee eines universellen Grundeinkommens.

Solidarität mit älteren Menschen

Eine der zentralen Funktionen des Sozialstaats besteht seit seinen Anfängen darin, älteren Menschen ein angemessenes Einkommen zu gewährleisten, da sie nicht mehr arbeitsfähig sind. Um zu untersuchen, ob die europäische Öffentlichkeit diese Form der Generationensolidarität auch in Zeiten der Bevölkerungsalterung unterstützt, wurden die Teilnehmer/innen gefragt, ob der Staat ihrer Ansicht nach für *das Sicherstellen eines angemessenen Lebensstandards im Alter* verantwortlich sei. Zur Beantwortung dieser Frage konnten die Befragten ihre Antworten mittels einer

Skala von 0 bis 10 abstimmen (überhaupt keine, bzw. voll und ganz staatliche Verantwortung).

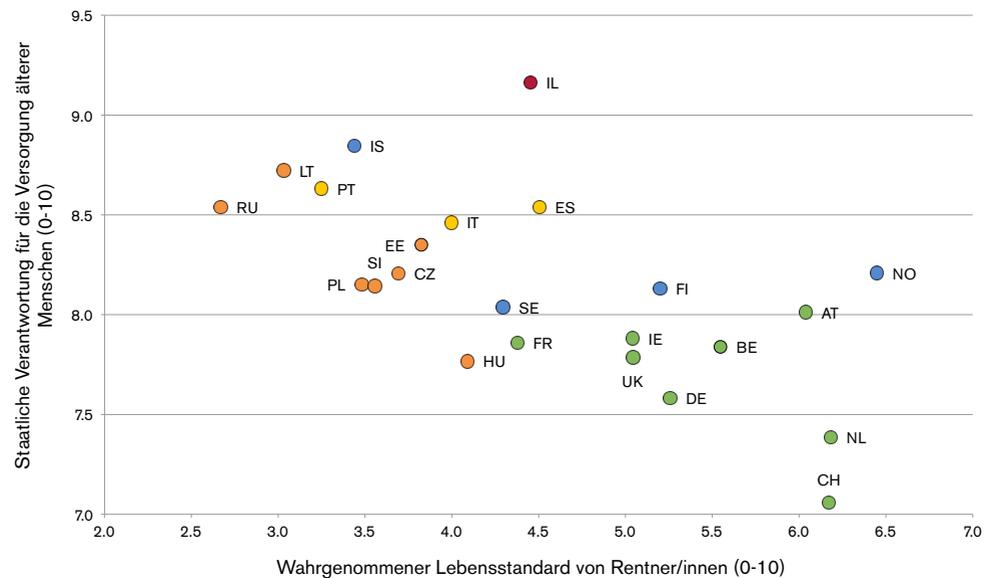
Wie Abbildung 1 zeigt, ist die Unterstützung für eine Verantwortung des Staates in Bezug auf den Lebensstandard von Seniorinnen und Senioren in Europa mit einem Mittelwert von über 8 sehr hoch, insbesondere ausserhalb Westeuropas. Diese überwältigende Unterstützung hat verschiedene Gründe. Eine Erklärung besteht darin, dass Altersrenten eine nahezu universelle Leistung darstellen: Die Mehrheit der Bevölkerung bezieht im Ruhestand eine Altersrente, weshalb allgemein davon ausgegangen wird, jetzt oder in Zukunft von dieser Vorkehrung profitieren zu können. In der allgemeinen Wahrnehmung haben ältere Menschen zudem einen hohen Anspruch auf Unterstützung, da sie zuvor ihren Beitrag zur Gesellschaft geleistet haben.

Ein dritter Grund ist die verbreitete Sorge um die Lebensqualität älterer Menschen. Die Befragten waren zudem aufgefordert, den Lebensstandard von Rentner/innen zu beurteilen (auf einer Skala von 0 bis 10). In Ländern, in denen der Lebensstandard von Rentner/innen (insbesondere in Süd- und Osteuropa) als weniger zufriedenstellend eingeschätzt wird, werden staatliche Eingriffe zugunsten älterer Menschen stärker befürwortet.

Die Unterstützung für öffentliche Altersleistungen hat seit 2008 in 16 von 20 Ländern abgenommen. Während diese Änderungen in vielen Ländern verhältnismässig begrenzt sind, wird eine deutlichere Abnahme der Solidarität mit älteren Menschen im Vereinigten Königreich (Abnahme um 0,72 Prozentpunkte) und Irland (-0,60 Punkte) sowie in mehreren osteuropäischen Ländern festgestellt (Ungarn: -1,01; Russische Föderation: -0,62; Polen: -0,50).

Interessanterweise wurde parallel zu dieser Abnahme der Generationensolidarität eine Erhöhung des Lebensstandards von Rentner/innen registriert: Die Befragten haben den Eindruck, dass sich die Lebensbedingungen von Rentner/innen verbessert haben, und stufen den Bedarf an staatlichen Massnahmen daher geringer ein. Möglicherweise hat die Wirtschaftskrise das Augenmerk weg von älteren Menschen auf andere Gruppen verlagert.

Abbildung 1. Präferenzen für staatliche Verantwortung für ältere Menschen und Beurteilung ihres Lebensstandards



Hinweis: N (Frage E6) = 44'120; N (Frage E4) = 43'689. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand gewichtet (pspweight). Die Farben zeigen die Regionen an (blau = Nordwesteuropa; grün = Westeuropa; gelb = Südwesteuropa; orange = Östliche Europa).

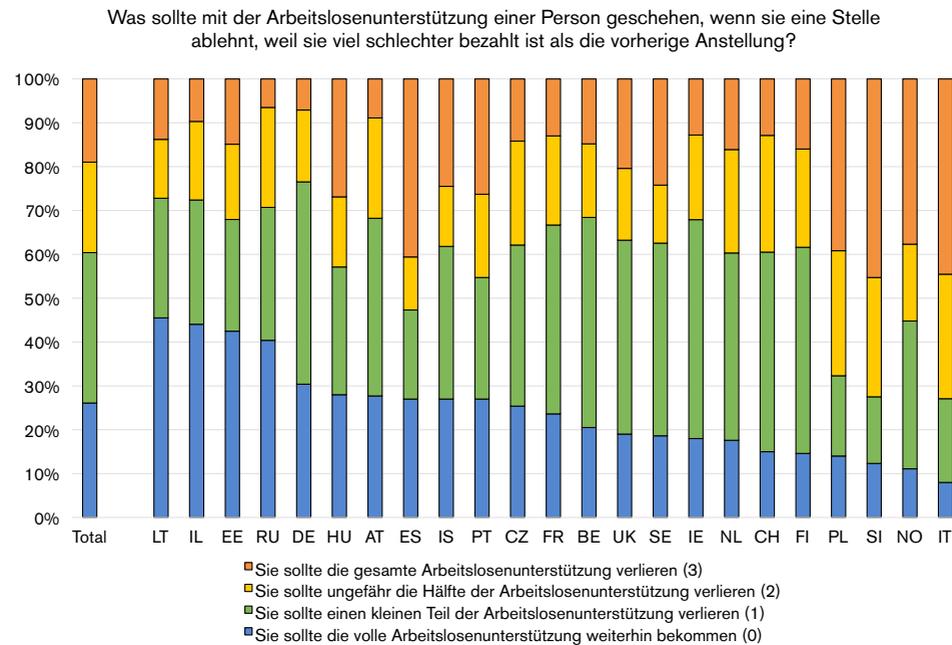
Solidarität mit Erwerbslosen: zwischen Auflagen und Grosszügigkeit

In den europäischen Arbeitslosenunterstützungssystemen vollzog sich in den vergangenen Jahrzehnten eine Wende hin zur Aktivierung (Bonoli, 2010). Der Anspruch auf finanzielle Unterstützung bei Arbeitslosigkeit wurde stärker an die Erfüllung von verschiedenen arbeitsbezogenen Verpflichtungen geknüpft. Wer diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, kann mit geringeren Leistungen oder einer kürzeren Bezugsdauer sanktioniert werden. Die öffentliche Legitimität für diese Art von Aktivierungsmassnahmen wurde untersucht,

indem die Befragten mit der Situation konfrontiert wurden, dass eine zuvor beschäftigte Person ihre Stelle verloren hat und nun eine Arbeitslosenunterstützung bezieht. Die Teilnehmer/innen wurden gefragt, was ihrer Meinung nach mit der Arbeitslosenunterstützung dieser Personen geschehen sollte, wenn sie eine Stelle ablehnt, weil sie viel schlechter bezahlt ist als die vorherige Anstellung.

Abbildung 2 zeigt, dass ungefähr jede/vierte Europäer/in (26,1 Prozent) der Auffassung ist, dass die arbeitslose Person nicht sanktioniert werden sollte und weiterhin die vollständige Leistung beziehen kann.

Abbildung 2. Unterstützung für an Auflagen geknüpfte Sozialleistungen, nach Land



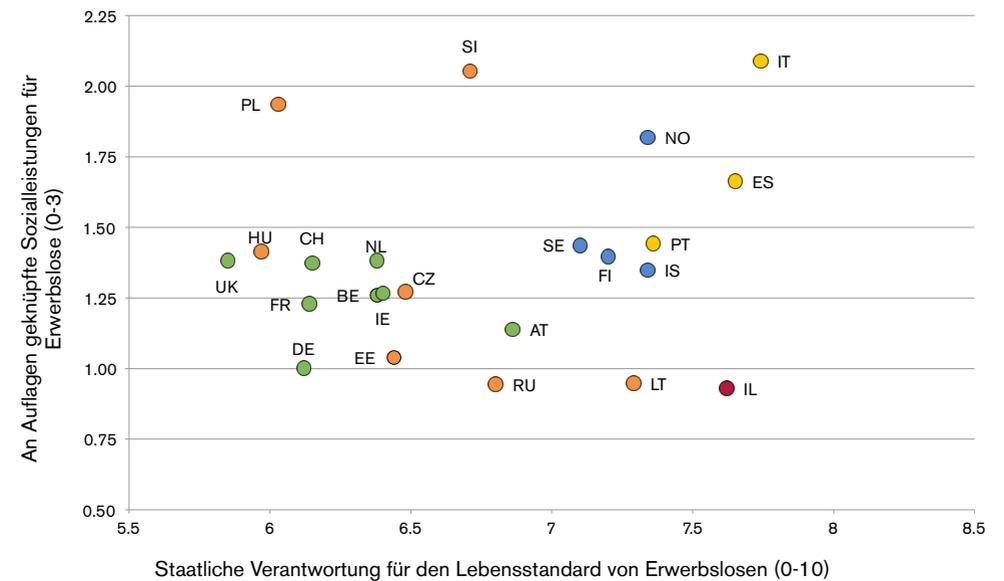
Hinweis: N = 10'712 (ESS-Frage E21 wurde einer zufällig ausgewählten Untergruppe von Befragten gestellt). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand (pspweight) und nach Populationsgrösse (pweight) gewichtet.

Obwohl die Mehrheit bestimmte Auflagen befürwortet, spricht sich die grösste Gruppe (34,3 Prozent) für die geringste Sanktion aus, das heisst für eine geringe Leistungskürzung. Härtere Sanktionen durch eine Halbierung oder Streichung der Leistung werden von 20,6 bzw. 19,0 Prozent der Teilnehmer/innen befürwortet. Es zeigen sich diesbezüglich erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern.

Gemäss Abbildung 2 ist die Unterstützung für Auflagen besonders hoch in Italien, Norwegen, Polen und Slowenien und vergleichsweise gering in Litauen, Israel, Estland und Russland. Regional zeichnen sich jedoch keine deutlichen Unterschiede ab.

Es ist interessant, die Präferenz für Auflagen den Einstellungen zu den sozialen Rechten Erwerbsloser gegenüber zu stellen (Houtman, 1997). Wie sollte in den Augen der Europäer/innen das Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten aussehen? In Abbildung 3 wird das bevorzugte Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten nach Ländern dargestellt. Betreffend soziale Rechte liegen die Länderdurchschnitte zur Frage, ob es in der staatlichen Verantwortung liegen sollte, einen angemessenen Lebensstandard für Arbeitslose sicherzustellen, zwischen 5,9 und 7,7 (auf einer Skala von 0 bis 10).

Abbildung 3. Präferenzen für die Grosszügigkeit bei Sozialleistungen und an Auflagen geknüpfte Sozialleistungen für Erwerbslose



Hinweis: N = 10'641. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand gewichtet (pspweight). Die Farben zeigen die Regionen an (blau = Nordeuropa; grün = Westeuropa; gelb = Südeuropa; orange = Osteuropa).

Die Unterstützung für erwerbslose Personen wird demnach allgemein stark befürwortet, jedoch deutlich geringer als für ältere Menschen (siehe Abbildung 1).

Betreffend Pflichten werden die Länderdurchschnitte zur vorher thematisierten Frage über die Anspruchsberechtigung verwendet (Skala von 0 sollte die gesamte Arbeitslosenunterstützung verlieren – bis 3 – sollte die volle Arbeitslosenunterstützung weiterhin bekommen). Ungefähr die Hälfte der Länder liegen in einer 'zentralen' Gruppe mit Werten zwischen 1 und 1,5 für Auflagen, und Werten zwischen 6 und 7 für die staatliche Verantwortung. Interessanterweise weichen die Mittelmeerländer und die nordischen Länder von diesem Muster ab und weisen stattdessen eine grosse Unterstützung für soziale Rechte mit vergleichsweise hohen Werten für Auflagen auf. Italien ist dabei der extremste Fall: Die Italienerinnen und Italiener sprechen sich am deutlichsten für Auflagen aus, waren aber zugleich auch die grosszügigsten Europäer/innen. Die Befragten in Slowenien und Polen befürworten ähnlich stark soziale Pflichten, erweisen sich jedoch als deutlich weniger grosszügig.

Insbesondere in Polen spricht sich die Mehrheit für einen relativ geringen Arbeitslosenschutz aus, verbunden mit scharfen Sanktionen für diejenigen, die der Verpflichtung zur Arbeit nicht nachkommen. Das entgegengesetzte Muster zeigt sich bei Israelis und Litauer/innen, die zu den grosszügigsten Europäer/innen mit der geringsten Forderung nach Auflagen gehören.

Solidarität mit Migrant/innen: Sozialchauvinismus oder universelle Leistungen?

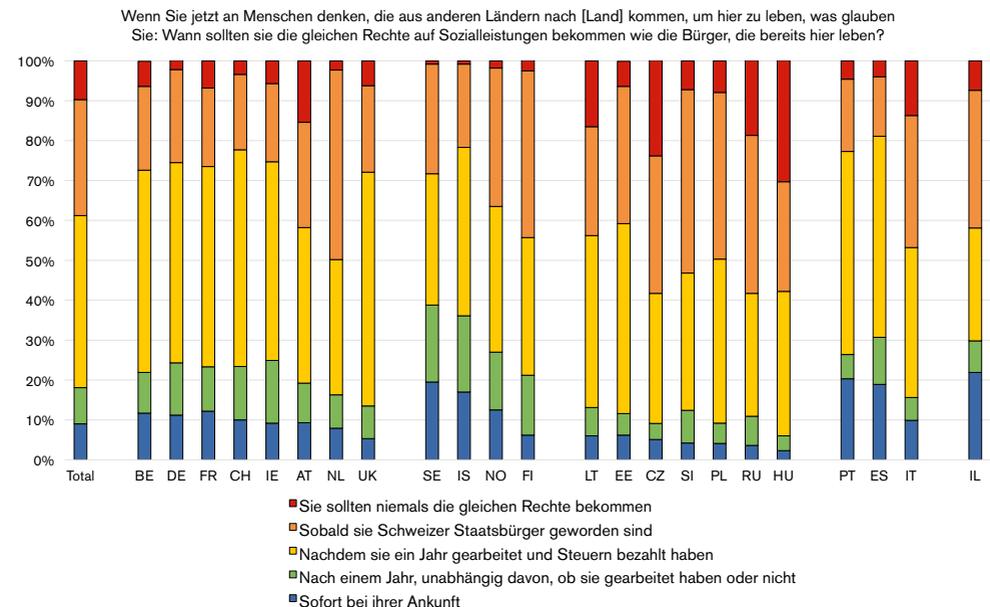
Die zunehmenden Bevölkerungsbewegungen und die jüngste Flüchtlingskrise haben die öffentliche Debatte über die Beziehung zwischen Migration und Sozialstaat erneut aufleben lassen. Wie stehen die Europäer/innen zu den sozialen Rechten von Neuankömmlingen in der Gesellschaft? Im Modul «Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat» wurden die Teilnehmer/innen gefragt, inwieweit aus anderen Ländern eingewanderte Menschen *dieselben Ansprüche auf Sozialleistungen erhalten sollten wie bereits ansässige Bürger/innen* (Abbildung 4).

Ein strikter Sozialchauvinismus – also die Vorstellung, dass Sozialleistungen der ansässigen Bevölkerung vorbehalten sein sollten – ist eindeutig eine Minderheitenposition: Nur 9,7 Prozent der Europäer/innen sind der Auffassung, dass Zuwandernde niemals dieselben sozialen Rechte haben sollten (Abbildung 4). Aber auch die Haltung, dass Neuankömmlinge sofort den vollen Zugang zu Leistungen erhalten sollten, war wenig verbreitet (9,0 Prozent).

Die meisten Europäer/innen vertreten eine mittlere Position und ziehen es vor, die sozialen Rechte an den Erwerb der Staatsangehörigkeit (29,1 Prozent) oder an einen ständigen Wohnsitz und eine mindestens einjährige Entrichtung von Steuern (43,1 Prozent) zu knüpfen. 2008/09 wurden gerade auf diese Frage sehr ähnliche Antworten gegeben: 7,9 Prozent der Befragten lehnten die Gewährung sozialer Rechte für Zuwandernde vollständig ab, während 9,2 Prozent uneingeschränkte Rechte für Neuankömmlinge befürworteten (siehe auch Mewes & Mau, 2013).

Folglich hat die Flüchtlingskrise in Europa eindeutig keine Welle sozialchauvinistischer Gefühle ausgelöst. In Portugal und Spanien hat der Anteil der Menschen, die sich für die Gewährung sozialer Rechte für Zuwandernde bei deren Einreise aussprechen, sogar deutlich zugenommen (in Portugal von 9,6 auf 20,3 Prozent und in Spanien von 11,7 auf 18,9 Prozent).

Abbildung 4. Präferenzen hinsichtlich der Gewährung sozialer Rechte an Zuwandernde, nach Land und Region



Hinweis: N = 42'403; Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand gewichtet (pspweight).

In Nord- und Westeuropa ist der Rechtsanspruch beruhend auf Gegenseitigkeit (mindestens ein Jahr Steuern zahlen) die weitaus am meisten vertretene Haltung. Osteuropäische Befragte zeigen sich gegenüber der Gewährung sozialer Rechte für Zuwandernde deutlich zurückhaltender. Die Staatsbürgerschaft wird oft als Grundvoraussetzung für den Anspruch auf soziale Rechte angesehen, und der Anteil der Sozialchauvinisten ist ebenfalls höher als in anderen Regionen. Dies mag überraschen, da Zuwanderung und Sozialausgaben in Osteuropa vergleichsweise gering sind. Offenbar kann Sozialchauvinismus in einem Klima der Unzufriedenheit mit dem System der sozialen Sicherheit, gekoppelt an eine vergleichsweise geringe Vertrautheit mit Zuwandernden, gut gedeihen.

Auf dem Weg zu einem sozialen Europa?

Die EU hat in der Sozialpolitik über die Jahre eine aktivere Rolle übernommen (Falkner, 2016). Dies wirft die Frage auf, ob die europäischen Befragten diese Entwicklung unterstützen oder ob sie den Aufbau eines sozialen Europas eher als Bedrohung ihrer nationalen Sozialleistungssysteme wahrnehmen.

Das Modul «Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat» untersucht, ob die Befragten glauben, dass die Sozialleistungen höher oder geringer wären, wenn mehr Entscheidungen durch die Europäische Union anstatt durch die nationalen Regierungen getroffen würden. Im Durchschnitt sind drei von zehn Europäer/innen (30,5 Prozent) der Ansicht, dass mehr Entscheidungen der EU zu einem höheren oder viel höheren

Sozialleistungsniveau führen würden. Im Gegensatz dazu befürchten 69,5 Prozent, dass eine Übertragung von sozialen Zuständigkeiten auf die EU den Leistungsumfang verringern würde.

Trotz dieser relativ verbreiteten Sorgen zum sozialen Europa unterstützen 67,1 Prozent der Europäerinnen und Europäer ein EU-weites Sozialleistungsprogramm, das armen Menschen einen minimalen Lebensstandard garantieren würde. Die Haltungen zu den beiden Fragen stimmen überein: In Ländern, in denen die Bevölkerung davon ausgeht, dass eine Europäisierung zu höheren Leistungen führen würde, ist auch die öffentliche Unterstützung für ein EU-weites Leistungssystem relativ gross (Abbildung 5).

Die Grosszügigkeit der nationalen Wohlfahrtssysteme ist dabei ein wesentlicher Faktor für die von Land zu Land unterschiedlichen Haltungen gegenüber einem sozialen Europa. In den gut entwickelten skandinavischen Wohlfahrtsstaaten rechnen wenige Befragte mit Verbesserungen durch eine Europäisierung der Sozialpolitik, und die Unterstützung für EU-weite Sozialleistungen fällt relativ gering aus. In den ost- und südeuropäischen Ländern hingegen, wo die Sozialausgaben deutlich geringer sind, sehen mehr Befragte die EU als Akteurin, welche die soziale Absicherung verbessern könnte.

Unterstützung für ein Grundeinkommen

Die Idee eines universellen Grundeinkommens ist so einfach wie radikal und hat in der öffentlichen Diskussion und bei den politischen Entscheidungsträgern in Europa zunehmend Aufmerksamkeit erlangt (De Wispelaere & Stilton, 2004; OECD, 2017).

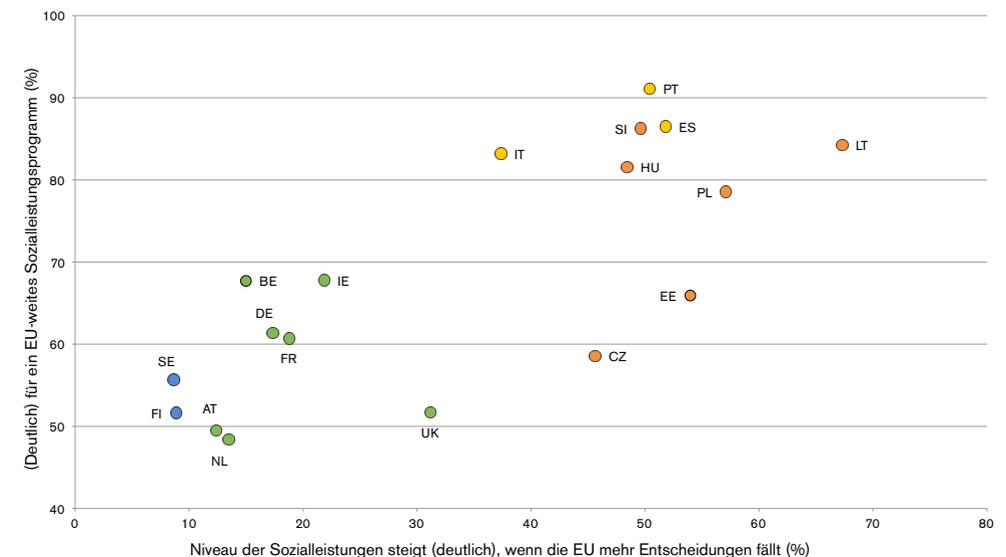
Dennoch widerspricht die Bereitstellung eines ausreichend hohen Einkommens für alle – ungeachtet ihres Unterstützungsbedarfs und ohne Verpflichtung zur Arbeit – den Grundsätzen der europäischen Sozialleistungssysteme, die auf Gegenseitigkeit und dem Bedarfsprinzip beruhen.

Das ESS-Modul «Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat» enthält zum ersten Mal in der international vergleichenden Forschung eine Frage zur Einführung eines universellen Grundeinkommens. Die Teilnehmer/innen wurden gefragt, ob sie sich für oder gegen ein System mit einem universellen

Grundeinkommen mit den folgenden Eigenschaften aussprechen:

- *Der Staat zahlt jeder und jedem ein monatliches Einkommen, das alle grundlegenden Lebenshaltungskosten deckt.*
- *Das System ersetzt viele andere Sozialleistungen.*
- *Ziel ist es, allen einen minimalen Lebensstandard zu sichern.*
- *Alle erhalten denselben Betrag, egal ob sie arbeiten oder nicht.*
- *Die Menschen können zudem Einkommen aus Erwerbstätigkeit und anderen Quellen behalten.*
- *Das System wird durch Steuern finanziert.*

Abbildung 5. Öffentliche Unterstützung für ein EU-weites Sozialleistungsprogramm und Erwartungen, dass eine Europäisierung zu höheren Leistungen führen wird



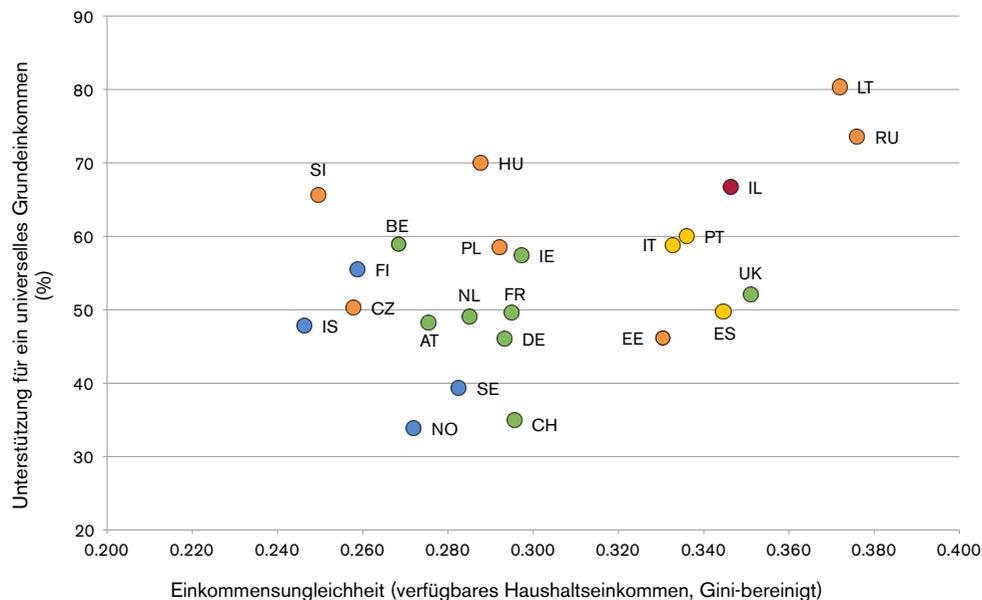
Hinweis: N (Frage E37) = 31'764, N (Frage E38) = 32'587. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand gewichtet (pspweight). Die Farben zeigen die Regionen an (blau = Nordeuropa; grün = Westeuropa; gelb = Südeuropa; orange = Osteuropa).

Der Anteil der Befragten, die sich (sehr) für ein Grundeinkommen aussprechen, schwankt stark zwischen 33,9 Prozent (Norwegen) und 80,4 Prozent (Litauen). Die Unterstützung für ein Grundeinkommen scheint in den wohlhabenderen Ländern Nord- und Westeuropas geringer zu sein als in den weniger reichen Wohlfahrtsstaaten im Osten.

Abbildung 6 zeigt die Unterstützung pro Land für ein Grundeinkommen nach Einkommensungleichheit (basierend auf dem Gini-Koeffizienten).

Die Unterstützung für ein Grundeinkommen ist in Ländern mit hoher Ungleichheit bei der Einkommensverteilung (wie Litauen und Russland) am stärksten und in den stärker umverteilenden Wohlfahrtsstaaten Norwegens und Schwedens am geringsten. Dieses Muster deutet darauf hin, dass ein Grundeinkommen eher als Mittel gesehen wird, um Sozialleistungen zu verbessern, und nicht so sehr als Ersatz für gut funktionierende Wohlfahrtssysteme.

Abbildung 6. Unterstützung für ein Grundeinkommen in Zusammenhang mit Einkommensungleichheit (OECD, 2016)



Hinweis: N (Frage E36) = 40'712. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand gewichtet (pspweight). Die Farben zeigen die Regionen an (blau = Nordeuropa; grün = Westeuropa; gelb = Südeuropa; orange = Osteuropa).

Fazit

Das ESS-Modul «Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat» der Runde 8 zeigt, dass Europäer/innen eine Umverteilung der Sozialleistungen weitgehend unterstützen. Die Auffassung, dass der Staat für das Wohlergehen benachteiligter Gruppen verantwortlich ist, ist weit verbreitet.

Die verschiedenen Krisen haben die Legitimität des Wohlfahrtsstaats nicht untergraben können. Ein Vergleich mit den ESS-Daten von 2008/09 zeigt Kontinuität und keine grossen Veränderungen.

Dennoch lassen die hier vorgelegten Ergebnisse den Schluss zu, dass den Europäerinnen und Europäern Solidaritätsbeziehungen mit bestimmten Bevölkerungsgruppen mehr am Herzen liegen als mit anderen. Während die Unterstützung für ältere Menschen auf fast einhellige Zustimmung stösst, wird die Umverteilung an Erwerbslose und Zuwandernde von einem beträchtlichen Anteil der Bevölkerung mit mehr Skepsis betrachtet. Diese Unterschiede können in weiten Teilen auf die Frage zurückgeführt werden, ob Menschen die Leistungen wirklich «verdienen» (van Oorschot et al. 2017). Ältere Menschen werden allgemein als benachteiligte Gruppe gesehen (Bedarfsprinzip), die zuvor einen Beitrag zur Gesellschaft geleistet hat (Gegenseitigkeit).

Erwerbslose hingegen werden als für ihre Situation selber verantwortlich erachtet (Kontrolle), während mehr Solidarität mit Zuwandernden oft durch Präferenzen für die eigene Gruppe (Identität) verhindert wird.

Neben den klassischen Umverteilungssystemen – also an ältere, arbeitslose und kranke Menschen – geht es in der öffentlichen Diskussion auch um neue Solidaritätskonzepte. Die Befragten nehmen neue politische Vorschläge wie etwa die Einführung eines EU-weiten Leistungssystems oder eines universellen Grundeinkommens sehr zwiespältig auf. Gegenüber diesen neuen Vorschlägen, die an den Grundlagen der national verankerten Wohlfahrtssysteme kratzen, zeichnen sich in den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Haltungen ab. In den stärker ausgebauten Sozialstaaten Nord- und Westeuropas besteht allgemein starke Zurückhaltung gegenüber dem Ersatz der bestehenden Systeme. In Ost- und Südeuropa ist die Unzufriedenheit mit dem bestehenden Leistungsangebot weiter verbreitet, und die neuen Vorschläge werden als Chance zur Verbesserung der Lebensbedingungen gesehen. Diese Ergebnisse sind ein Beleg dafür, dass aktuelle institutionelle Gegebenheiten Auswirkungen haben auf die Legitimität des Wohlfahrtsstaats.

Fussnoten

¹ Die achte Welle des ESS wurde in 23 Ländern erhoben: Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Island, Irland, Israel, Italien, Litauen, Norwegen, Niederlande, Polen, Portugal, Russland, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz und Vereinigtes Königreich.

Literaturhinweise

- Bonoli, G. (2010). The Political Economy of Active Labor-Market Policy. *Politics & Society*, 38(4), 435–457.
- De Wispelaere, J., & Stirton, L. (2004). The many faces of universal basic Income. *The Political Quarterly*, 75(3), 266-274.
- EU (2004). *The future of pension systems*. Brussels: European Commission.
- Falkner, G. (2016). The European Union's social dimension. In M. Cini, & N.P.-S Borragán. (Eds.), *European Union Politics* (5th ed., pp. 275–290). Oxford: Oxford University Press.
- Houtman, D. (1997). Welfare State, Unemployment, and Social Justice: Judgments on the Rights and Obligations of the Unemployed. *Social Justice Research*, 10 (3), 267-288.
- Mewes, J., & Mau, S. (2013). Globalization, socio-economic status and welfare chauvinism: European perspectives on attitudes toward the exclusion of immigrants. *International Journal of Comparative Sociology*, 54(3), 228-245.
- OECD. (2017). Basic income as a policy option: Can it add up? *Policy brief on the future of work*. Paris: OECD.
- van Oorschot, W., Roosma, F., Meuleman, B., & Reeskens, T. (Eds.). (2017). *The Social Legitimacy of Targeted Welfare: Attitudes to Welfare Deservingness*. Edward Elgar Publishing.

ESS-Daten und Dokumentation

Im Rahmen des European Social Survey (ESS) wurden seit der ersten Runde im Jahr 2002/03 insgesamt 381'351 persönliche Befragungen durchgeführt. Sämtliche Dokumente und Daten, die in den nachfolgenden Wellen bis und einschliesslich der achten Runde (2016/17) gesammelt wurden, können heruntergeladen oder online eingesehen werden (europeansocialsurvey.org).

Der ESS erhielt 2013 den Status als European Research Infrastructure Consortium (ESS ERIC), was bedeutet, dass sich alle teilnehmenden Parteien am Budget des Projekts beteiligen. In der achten Runde nahmen 23 Länder teil, 17 davon ERIC-Mitglieder.

Durch die Nutzung der nachfolgend beschriebenen Instrumente EduNet und NESSTAR können Sie sich jenen 125'000 Personen anschliessen, die sich bereits für einen Zugriff auf die ESS-Daten angemeldet haben.

ESS-Daten sind bislang in 3554 wissenschaftliche Publikationen in Zeitschriften, Büchern und Buchkapiteln, Arbeitspapieren und Konferenzpräsentationen eingeflossen, die zwischen 2003 und 2016 veröffentlicht wurden.

EduNet

Das e-learning tool von ESS EduNet stellt praktische Beispiele und Aufgaben zur Verfügung, um Benutzerinnen und Benutzer ausgehend vom theoretischen Problem bis hin zur Interpretation der statistischen Ergebnisse durch den Forschungsprozess zu leiten.

NESSTAR

Das ESS Online Analyseangebot verwendet NESSTAR - eine Online-Applikation zur Datenanalyse. Informationen zur Verwendung von NESSTAR sind auf der Webseite des Norwegian Social Science Data Services (www.nesstar.com) verfügbar.

Topline Results Series

Dies ist die achte Ausgabe unserer Publikationsreihe „Topline Results“. Alle neun Ausgaben können auf der ESS-Website eingesehen und heruntergeladen werden. Die anderen Ausgaben der Reihe befassen sich mit folgenden Themen:

1. Trust in Justice (auch verfügbar auf Kroatisch)
2. Welfare Attitudes in Europe (auch verfügbar auf Kroatisch, zypriotisches Griechisch und Ukrainisch)
3. Economic Crisis, Quality of Work and Social Integration
4. Europeans' Understandings and Evaluations of Democracy (auch verfügbar auf Albanisch, Bulgarisch, Italienisch, Litauisch und Slowakisch)
5. Europeans' Personal and Social Wellbeing (auch verfügbar auf Albanisch, Litauisch, Russisch, Slowakisch und Slowenisch)
6. Gesundheit in Europa - Soziale Unterschiede und deren Bestimmungsfaktoren (auch verfügbar auf Dänisch, Englisch, Französisch, irisches Gälisch, Rumänisch, Slowenisch und Spanisch)
7. Einstellungen gegenüber Immigration und ihre Ursprünge (auch verfügbar auf Englisch, Georgisch, Hebräisch, Norwegisch, Slowenisch und Spanisch)
8. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft europäischer Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat (auch verfügbar auf Englisch und Französisch)
9. Europäische Einstellungen zu Klimawandel und Energie (auch verfügbar auf Englisch und Französisch)

Über den ESS

Der ESS ist eine sozialwissenschaftliche Studie, die seit 2002 europaweit erhoben wird. Die Studie misst Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensmuster der unterschiedlichen Bevölkerungen aus mehr als 30 Nationen. Die ESS-Datensätze enthalten Informationen von 381'351 vollständigen Interviews, die alle zwei Jahre mit neu ausgewählten Querschnittsstichproben erhoben werden.

Der European Social Survey ist seit 2013 ein European Research Infrastructure Consortium (ESS ERIC). Der ESS stellt länderübergreifende Daten zu Einstellungen und Verhaltensweisen der europäischen Bevölkerungen frei zur Verfügung.

ESS Themen:

- Vertrauen in Institutionen
- Politisches Engagement
- Soziopolitische Werte
- Moralische und soziale Werte
- Soziales Kapital
- Soziale Exklusion
- Nationale, ethnische und religiöse Identität
- Gesundheit und Wohlbefinden
- Demographische Zusammensetzung
- Bildung und Beruf
- Finanzielle Umstände
- Haushaltsbezogene Umstände
- Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat
- Vertrauen in Strafjustiz und Polizei
- Formen und Erfahrungen von Altersdiskriminierung
- Staatsbürgerschaft, Partizipation und Demokratie
- Immigration
- Familie, Arbeit und Wohlbefinden
- Wirtschaftsmoral
- Lebensplanung und -führung
- Klimawandel und Energie

www.europeansocialsurvey.org

www.esswellbeingmatters.org

Folgen Sie dem ESS auf Twitter: @ESS_Survey

Folgen Sie dem ESS auf Facebook: @EuropeanSocialSurvey

Folgen Sie dem ESS auf LinkedIn: @european-social-survey



Diese Veröffentlichung wurde durch das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 der Europäischen Union unter der Finanzhilfvereinbarung Nr. 676166 finanziell gefördert.

Deutsche Übersetzung: xplanation und Schweizer Kompetenzzentrum für Sozialwissenschaften FORS

Veröffentlicht durch das European Social Survey ERIC
City University of London (UK)
Northampton Square, London
EC1V 0HB, United Kingdom

September 2018

23 Länder nahmen an der Runde 8 des ESS teil, die 2016/17 durchgeführt wurde.

Mitglieder:

Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Estland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien, Litauen, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Slowenien, Schweden, Vereinigtes Königreich.

Beobachter:

Schweiz

Weitere Teilnehmerländer:

Finnland, Island, Israel, Russland, Spanien.

Die internationalen Beiräte des ESS ERIC bestehen aus dem Methods Advisory Board (MAB), dem Scientific Advisory Board (SAB) und dem Finance Committee (FINCOM).

Der Hauptsitz des ESS ERIC befindet sich in London an der City, University of London.

Das ESS ERIC Core Scientific Team besteht aus: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Deutschland); Katholieke Universiteit Leuven (Belgien); NSD - Norwegian Centre for Research Data (Norwegen); SCP - The Netherlands Institute for Social Research (Niederlande); Universität Pompeu Fabra (Spanien); Universität Essex (Vereinigtes Königreich); Universität Ljubljana (Slowenien).

Das National Coordinators (NC) Forum setzt sich aus den ESS NCs aller teilnehmenden Länder zusammen.

